

- SPÖ-wohin?
- Bauarbeiter
- ÖGB
- Atomversuche

# Regierung spart auf unsere Kosten: Weg mit dem Sparpaket!

„Nimmt denn das nie eine Ende?“ fragen sich immer mehr Arbeitnehmer und Jugendliche. „Staatsnotstand“, schreien die einen. „Traurige Notwendigkeit“, die anderen. Alle wollen sie eines: Das Geld der kleinen Leute. Nach dem Sparpaket I soll jetzt Sparpaket II folgen.

von Sonja Grusch

Neu ist, daß die Regierung zunächst die Sozialpartner beauftragte, ihr zu sagen, wie man uns am besten schröpfen kann. Gewerkschaften und Arbeiterkammer haben sich voll darauf eingelassen und in trauter Eintracht mit den Unternehmern eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen.

Die Regierungsparteien basteln nun daraus, plus einiger eigener Vorschläge, das Sparpaket Nr. II. Eines ist klar: Ebenso wie bei Nr. I werden Arbeitslose, Frauen, Pensionisten, Schüler und Studenten, sowie die Familien zur Kasse gebeten.

Bundeswirtschaftskammer und ÖVP sind mit einer Reihe von Forderungen in die Offensive gegangen. Besonders auf Arbeitslose und Frührentner haben sie es abgesehen. Jene, denen die Wirtschaft keine Arbeit gibt bzw. die die Arbeit krank gemacht hat, sollen bestraft werden.

Die SPÖ hat derlei Angriffen nichts entgegenzusetzen.

## Und die Unternehmer?

Bei den Unternehmern bzw. Reichen gibt es nichts derartiges. „Daher sollten nach Möglichkeit nachteilige Wirkungen auf private Investitionen im Unternehmensbereich vermieden werden.“ - so steht's im Sozialpartner-Papier. Auch die zig Milliarden Staatsschulden der Unternehmer werden nicht eingetrieben.

Und sollte bei den Besserverdienenden die Absetzbarkeit von Sonderausgaben gekürzt werden, so bedeutet das für jene, die über 80.000.-/Monat verdienen, einen Verlust von

1% des Jahreseinkommens! Die Maßnahmen für „alle“ treffen jene mit niedrigerem Einkommen viel stärker. Schließlich fehlen ein paar Hunderter im Monat dem Normalverdiener mehr als dem Millionär!

## Regierungspropaganda

Durch diese - von der Gewerkschaft mitgetragene - Politik sind Unternehmer und Regierung erst so richtig auf den Geschmack gekommen. Sie überschlagen sich in weiteren Sparforderungen.

Seit Monaten sind wir der Sparpropaganda ausgesetzt: „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“, hören wir ständig. Laut Meinungsumfragen ist tatsächlich eine Mehrheit der Österreicher inzwischen dafür, zu sparen. Doch dieselben Umfragen zeigen, daß bis zu 75% der Befragten fast alle unsozialen Maßnahmen ablehnen. Deutliche Mehrheiten gibt es für die stärkere Besteuerung von Reichen und Kapital.

Die Regierung bedient sich bei ihrer Belastungspropaganda, wie ihre Kollegen in anderen Staaten, der EU - und ihrer „Konvergenzkriterien“. Nicht zuletzt sollen dann noch gleichzeitig unter dem Deckmantel „Sparen“ langjährige Unternehmerforderungen durchgesetzt werden.

## Woher kommen die Schulden?

Die Explosion von Staatsschulden und Defiziten sind ein ständiger Faktor in fast allen Volkswirtschaften geworden. Im wesentlichen verantwortlich ist dafür die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Immer mehr Menschen werden ar-

beitslos oder durch schlechte Arbeitsbedingungen, Umweltzerstörung... krank und arbeitsunfähig. Das belastet die öffentlichen Haushalte enorm. Gleichzeitig verpuffen Milliarden in sinnlosen Bereichen wie z.B. Rüstung. Die Unternehmer versuchen, trotz sinkenden Wachstumsraten,

ihre Profite zu sichern. Sie zahlen immer weniger Steuern - illegal durch Hinterziehung, legal durch die Abschaffung und Reduzierung von Steuern. In Österreich machen zum Beispiel vor dem Fiskus nur ein Drittel der Unternehmer Gewinne. Das heißt, die Steuerlast wird immer mehr den Arbeitnehmern aufgebürdet, die diese immer weniger tragen können. Was rauskommt, ist ein immer höheres Defizit, bei dem sich Spekulanten und Banken, die die Kredite für horrenden Zinsen vergeben, eine goldene Nase verdienen. 20% seiner Nettoeinnahmen zahlt Österreich an diese Kredithaie. Mit den perversen Auswüchsen „unseres“ Wirtschaftssystems hat sich auch die SPÖ-Spitze schon längst abgefunden. Wir nicht!

## Es gibt kein „Gesamtinteresse“

Seit Jahrzehnten macht die Gewerkschaftsführung im Zuge der Sozialpartnerschaft eine Politik der „Gesamtwirtschaft“. Immer mehr weicht sie vor den Angriffen der Unternehmer zurück. Diese drohen, wenn nicht bei den Löhnen ebenso



wie bei den Sozialleistungen eingespart wird, mit Betriebsschließungen und Absiedelung. Das Ergebnis sind zwar zufriedene Unternehmer, die sich ihre fetten Bäuche streichen, aber unzufriedene Arbeitnehmer, die immer mehr am Sinn der Gewerkschaft zweifeln. Denn die Zahl der Arbeitslosen steigt trotzdem. Nachdem die ÖGB-Spitze bisher die Um-

verteilung von unten nach oben vorgenommen hat, macht man jetzt sogar selbst mit. Die Mehrheit der Arbeitnehmer und Jugendlichen ist angewidert von der Politik der Geheimverhandlungen und des Sozialabbaus. Jetzt ist es wichtig, diese Unzufriedenheit zu organisieren und eine starke Bewegung von links auf die Beine zu stellen.

## Wir fordern:

- 1 Nein zum Sozialabbau von Regierung und Sozialpartner!**
- 2 Gemeinsam gegen Sozialabbau! Wir lassen uns nicht spalten!**
- 3 Laßt die Reichen zahlen! Für eine massive Umverteilung von oben nach unten!**

Der Standpunkt:

Ist Einem ein Verwaltungskünstler?

Auf alle Fälle, zumindest ein „Profil“. Dort mutierte er von Minister zum eigentlich zurücktreten sollte...



von John Evers

Der Autor entwirft sich noch gut diverser Podiumsdiskussionen, bei denen „Unser Mann in der Regierung“ (Haider über Löschnek) seine Regelungen als unverzichtbar propagierte...

Was will VORWÄRTS

Für die große Mehrheit der Menschheit hat dieses Wirtschaftssystem nichts zu bieten. In der „3.“ Welt sterben täglich zehntausende Menschen...

Ein paar Reformen können da nichts ändern, daher streben wir ein neues Wirtschaftssystem an: sozialistische Demokratie. Die Hebel der wirtschaftlichen Macht müssen in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen...

Wohin geht die SPÖ?

Die Ära Vranitzky neigt sich dem Ende zu. Das ist gut so. Denn Vranitzky ist der erfolgloseste Parteivorsitzende in der Geschichte der SPÖ...

Claudia Sorger, SJ 3

Seit der Wahlriederlage im Oktober '94 und den darauffolgenden Verhandlungen übers Sparpaket wird die Kritik am Aushängeschild der SPÖ immer lauter...

Immer mehr wenden sich enttäuscht von der SPÖ ab. Mittlerweile ist die Mitgliederzahl auf unter 500.000 gesunken (in den 70er Jahren waren es noch 700.000)...

Die Diskussionen anlässlich des Parteitag am 1. Oktober zur Frage des Parteivorsitzenden sind nur Scheingefechte, bei denen es um die SPÖ-Positionen geht...

vorhanden ist. Ein „schlanker Staat“ müßte sein.

Es gibt zwar sehr viel an Frustration und Kritik am rechten Kurs der Führung, doch eine organisierte Opposition ist nicht vorhanden...



Michael Gnehm

Zentraler Punkt bei jeder Diskussion ist die Frage der Verhinderung der „Dritten Republik“.

Die Diskussionen anlässlich des Parteitages Anfang Oktober zur Frage des Parteivorsitzenden sind nur Scheingefechte, bei denen es um die SPÖ-Positionen geht...

Gastkommentar aus der SPÖ 9

Im „Goldenen Zeitalter“ der Sozialdemokratie hatten Sektionen durchaus ihre Berechtigung bzw. stellen sie sogar eine Notwendigkeit dar. Sie waren die kleinste, aber wichtigste Zelle der SPÖ...

Die Mitglieder und MitarbeiterInnen, die noch eine Sektion besuchen, sind zumeist PensionistInnen und kommen nur mehr aus alter Gewohnheit...

nen Semestern besucht werden, hört man sehr häufig: „Das haben wir schon vor 30 Jahren gemacht. Warum sollen wir das nach so kurzer Zeit noch einmal machen?“

Türkischer Betriebsrat entlassen

Hasan Sevic (40) arbeitet seit 1979 bei der Firma Hader an der Skislope, eine der schwersten Arbeiten im ganzen Betrieb...

Ob die Zufriedenheit unter den 160.000 Metallarbeitern und den 140.000 Industriearbeitern so groß ist, darf bezweifelt werden.

Als Protestaktion gab es vorher eine öffentliche „Armen“-Ausspeisung mit politischer Information.

Sozialer Ratschlag

Am 16.9. veranstaltete die Plattform gegen das Belastungspaket einen „sozialen Ratschlag“ in Wien Ostkärnten.

Als Protestaktion gab es vorher eine öffentliche „Armen“-Ausspeisung mit politischer Information.

Metaller billig abgespeist!

Am 18.9. wurde das offizielle Ergebnis der Metallerlohnaudie bekannt. Mit 3,5% auf Ist-Löhne/Gehälter und 3,8% auf KV-Löhne/Gehälter...

Erhöhung gab. Dafür wurde eine „Garantie auf Erhalt der Arbeitsplätze“ abgegeben.

Wie es mit der „Garantie auf Arbeitsplätze“ ausgefallen hat, zeigt sich bei der Tiroler Waggonbaufirma Jenbacher.

Ob die Zufriedenheit unter den 160.000 Metallarbeitern und den 140.000 Industriearbeitern so groß ist, darf bezweifelt werden.

Bauwirtschaft

Unternehmer werden immer frecher!



Unternehmer nutzen EU zum Lohn-Dumping

1994 brachte der Bauwirtschaft große Profite. Der Umsatz kletterte um real 3,5% auf 65.132,9 Mrd. '95 ist der Auftragslage bis jetzt rückläufig.

Die Bauhohlung von Hans Peter Haselsteiner hatte 1994 einen Gesamtumsatz von mehr als 16 Milliarden Schilling.



Metallerchef: Nürnberg: Klassenkampf nur am Plakat

Im Bereich der Industriegeistlichen schaut es teilweise wesentlich schlechter aus, vor allem bei den vom EU-Betritt betroffenen Branchen.

Schoeller-Bleckmann Lehrlingswerkstätte geschlossen

Ende dieses Sommers wurde in Ternitz die Lehrwerkstätte von Schoeller-Bleckmann geschlossen.

Roman Seidl, JRE-Wien Süd

Die Werkstätte wurde ursprünglich von der VW-Ternitz (OIG) gegründet. Als die VW 1992 privatisiert und in Schoeller-Bleckmann umbenannt wurde...

# Die Zukunft des ÖGB

Der ÖGB-Kongreß im Oktober findet in einer brisanten innenpolitischen Situation statt. Gerade die Arbeitnehmer sind massiv von Sparkurs der Regierung betroffen. Gab es beim letzten Belastungspaket noch verbale Proteste, so hat die Gewerkschaftsführung beim jetzigen freitig mitgeschürt.

von Michael Gehrmacher  
VORWÄRTS  
Gewerkschaftsrecher

Beim vergangenen ÖGB-Kongreß ging es darum, die „Pro-EU“-Haltung der ÖGB-Führung abzusegnen. Diesmal soll laut Medien eine Strukturreform beginnen. Anschließend dürfte das übliche Abstimmungsritual stattfinden: Viele Anträge, viele sinnvolle Forderungen, viel Papier für die Akten. Denn Konzepte, wie man Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung in Zeiten von immer schärfer werdendem Sozialabbau erkämpft, hat die Gewerkschaftsführung bis heute nicht auf den Tisch gelegt. Wie weiter mit dem ÖGB, und welche Impulse durch den Kongreß wären nötig?

Wie stark ist der ÖGB wirklich?

Zwischen 1980 und heute sank der gewerkschaftliche Organisationsgrad, bezogen auf die im Arbeitsprozeß stehenden Mitglieder, von 59 auf etwas mehr als 40%. Die offiziellen Mitgliedszahlen liegen höher, weil der ÖGB nicht zwischen aktiven Mitgliedern und Pensionisten unterscheidet, die ca. 20% ausmachen. Im öffentlichen Dienst (Post, Bahn,

Rolle der Sozialpartnerschaft

Diese negative Mitgliederentwicklung, trotz steigender Beschäftigtenzahl (!), ist das Zeichen einer politischen Krise. Durch die Sozialpartnerschaft hielt die ÖGB-Führung die Arbeiter an der kurzen Leine. Die Spitzen verhandelten bei den Lehrrunden hinter geschlossenen Türen, das Ergebnis muß von der Basis geschluckt werden. Untere und mittlere Gewerkschaftsebenen und vor allem die Gewerkschaftsbasis haben keinen Einfluß auf die Lohnverhandlungen. Der erste ÖGB-Präsident Böhm, brachte



organisiert Handelsangestellte - heute nicht mehr aktuell?

Das Wesen sozialpartnerschaftlicher Politik schon zum Ausdruck: Löhne und Sozialgesetze wurden zentral und „bezw. geheim“ von wenigen Spitzenfunktionären für die gesamte Arbeiterschaft beschlossen und dann abrupt bekanntgegeben. Sozialpartnerschaft benötigt daher die Beschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Die größte Streikbewegung seit 1945 in Österreich

## Der Oktoberstreik 1950

von David Mum

In der österreichischen Nachkriegsgeschichte steht unter anderem eine fast konkurrenzlos niedrige Anzahl von Streiks hervor. Auf diese Tatsache sind nicht nur die Unternehmer und staatstragenden Politiker stolz, sondern auch die ÖGB-Führung. Nicht verwunderlich, denn gerade ihr ist das ja maßgeblich zu „verdanken“. So war und ist die große Streikbewegung der Nachkriegszeit - der Oktoberstreik 1950 - für die ÖGB-Führung im wahrsten Sinn des Wortes ein rotes Tuch. Dieser fand spontan gegen den Willen der Gewerkschafts Spitze statt, und diese waren auch jene, die den Streik am stärksten und wirkungsvollsten bekämpften. Vorangehend sind dem Streik vier Lohn-Preisabkommen zwischen ÖGB und Unternehmern, die auch den Streik auslösten haben.

Widerstand regte sich schon beim 3. Abkommen, als in Wien 170.000 dagegen demonstrierten. Im Herbst 1950, als das Ergebnis der vierten Vereinbarung bekannt wurde, brach dann der Unmut voll aus. Spontan schlossen sich dem Streik die entscheidenden Großbetriebe in Graz, Oberösterreich, auch für die arbeitende Bevölkerung erzielte wurde. Aber die Lohn-Preispolitik, die den Beginn sozialpartnerschaftlicher Politik darstellen, lassen ein anderes Bild entstehen. Ihre wirkliche Funktion bestand darin, die Kosten für den Wiederaufbau der arbeitenden Bevölkerung aufzubringen. Die Löhne blieben bei jedem Abkommen hinter den Preisen zurück. Schon bei der ersten Vereinbarung 1947 war das ersichtlich. Beim vierten Abkommen lagen die Reallohnereise unter denen von 1937. Einer Iloprozentigen Lohnerhöhung standen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln (!) zwischen 20 und 63% gegenüber.

Jahrelang wurde den Leuten eingerichtelt, man müsse halt verzichten, damit es „unserer“ Wirtschaft gut geht, wahl schaut für alle was heraus. Und in Zeiten hoher Wachstumsraten gelang es auch ganz, die Klassengegenätze zu verschleiern und soziale Verbesserungen durch Verhandlungen zu erreichen. Heute schlägt der ÖGB Sozialabbau vor, um mitreden zu dürfen.

Kein Verteilungskampf

Wichtigste Voraussetzung für die Politik der Zusammenarbeit mit den Unternehmern war ein hohes Wirtschaftswachstum. Denn, obwohl der ÖGB einwilligte, die Verteilung des Volkseinkommens zwischen Kapital und Arbeit nicht in Frage zu stellen, konnten in Wachstumszeiten die eine oder andere Verblühwächse für die Arbeitnehmer erreicht werden. Aber in Perioden von Stagnation und niedrigem Wachstum tritt Verteilungskampf zwischen Arbeitnehmern und Kapitalgebern wieder voll in den Vordergrund. Die Unternehmer wollen ihre Profite, die Arbeitnehmer ihren Lebensstandard verteidigen. Der ÖGB hat daher jetzt zwei Optionen: Entweder will er den Lebensstandard und die Reallohn halten bzw. verbessern. Dann muß er

dafür kämpfen würde.

Oft heißt es von der ÖGB-Spitze oder von Soziologen, die „traditionellen“ Gewerkschaftsstrukturen seien nicht mehr zeitgemäß. Im Zeitalter der Computerrevolution, des wachsenden Dienstleistungssektors und Lean-Managements ginge keiner mehr in eine Betriebs- oder Ortsgruppe der Gewerkschaft. Die Arbeitergewerkschaften verlieren Mitglieder, da es weniger Industrieunternehmen gibt. Auf der anderen Seite wachsen Gewerkschaften wie die GPA in Relation viel zu langsam. Um neue Angestellten zu erreichen, wäre eine Offensive der Gewerkschaftsgruppen notwendig. Diese sollen bei Betrieben und Dienststellen vorort von außen werden. Auch die Technologisierung ist eine Herausforderung. Denn wenn mit dem einzelnen Arbeiter mehr Profit gemacht wird, steigt auch seine ökonomische Macht, wenn er streikt. Gerade bei der Just-in-Time-Produktion kann ein Streik sehr wirkungsvoll sein, da er die Unternehmer viel kostet und sie kurzfristige auf „ihre“ Belegschaft angewiesen sind.

Gewerkschafter als Bremser

Arbeiter sind heutzutage leichter zu ersetzen - aufgrund hoher Arbeitslosigkeit. Und der einzelne kann leichter unter Druck gesetzt werden. Genau hier müßten Orts- und Betriebsgruppen einsetzen. Doch das Gegenteil ist oft der Fall. Kämpferischen Kollegen in Betrieben gegenüber treten zuständige Gewerkschaftssekretäre meist nicht als Kämpferische Verbündete, sondern ebenso als bremssende Staatsfunktionäre auf. „Die moderne Wirtschaft braucht auch unqualifizierte Arbeiter wie z.B. Fahrdraboten, Reinigungskräfte oder Beschäftigte in Copy-Shops. Diese „minderen“ Tätigkeiten werden meist von Gastarbeitern oder Studenten gemacht. Leiharbeitsfirmen verdienen sich daran dumm und däm-

Die ÖGB-Spitze - machtlos gegen den „Trend“?

Wenn haben hohe Gewerkschafter das letzte Mal die Wörter 35-Stunden-Woche, Vollbeschäftigung oder Verstaatlichung in den Mund genommen? Von Umverteilung ist nur die Rede, wenn innerhalb der unselbständig Beschäftigten unverteilt wer-

den soll. Dabei würde die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn ca. 36.000 neue Arbeitsplätze bringen. All diese Forderungen wären grundsätzlich machbar, wenn der ÖGB

lich, Betriebsräte in diesen Bereichen aufzubauen ist oft schwierig, umso mehr brauchen die Kollegen Ortsgruppen, die ihnen helfen, als Anlaufstelle.



ÖGB neu - aber richtig!

Die einzige Kraft, die eine Gewerkschaft wirklich stark macht, sind die Mitglieder. Für jede wichtige Frage muß mobilisiert werden. Kampfmaßnahmen, wie Streiks oder Demonstrationen, dürfen kein Tabu sein, sondern müssen eingesetzt werden, um die sozialen Entwicklungen zu verteidigen. Das wird ohne diese Maßnahmen nämlich nicht möglich sein. Der ÖGB ist derzeit eine Funktionsrädelokratie, wo der hohe Funktionär bestimmt und über das Mitglied bestimmt wird. Beschlüsse von Ortsgruppen müssen bindend für die Funktionäre sein. In regelmäßigen Betriebsversammlungen sollen die Mitglieder über die neuesten Entwicklungen informiert werden. Gewerkschaftsorgane müssen für Diskussionsbeiträge offen sein. Über alle wichtigen Entwicklungen soll es Urabstimmungen der Betroffenen geben.

Demokratie für den ÖGB

Die FSG-Fraktionsdisziplin läßt jede demokratische Willensbildung und ist durch nichts zu rechtfertigen. Wieso soll ein Betriebsrat solidarisch mit Vratmityz sein, wenn der nur solidarisch mit der Wirtschaft ist. Die grundsätzliche Frage ist, in wessen Interesse Disziplin eingefordert wird. Mit dieser Regierung und dieser Parteilichung kann es keine Solidarität geben.

Wir treten für einen Facharbeiterlohn für Funktionäre ein, um weiteren Rechbergers zu verhindern, d.h., damit sich die Gewerkschaftsfunktionäre nicht von den Mitgliedern, die sie vertreten sollen, entfremden. So soll es einen hohen Gewerkschafter geben, der im ersten Bezirk neben einem Bankhehl ein Penthouse bewohnt.

Alle Verhandlungen müssen öffentlich geführt werden. Schluß mit der Mausechelpolitik nach dem Motto „Wir machen das schon für Euch“. Eines muß uns aber klar sein: Eine solche ÖGB-Reform kann nur von unten erkämpft werden. Daher ist es wichtig, eine klassenkämpferische Gewerkschaftsopposition aufzubauen, die als ersten Schritt für einen aktiven ÖGB kämpft und die Forderungen im eigenen Bereich

umsetzt. Als Betriebsrat z.B. darf man keine Geheimnisse mit der Geschäftsführung teilen und muß versuchen gegen jede Kündigung die Belegschaft zu mobilisieren. Über ein Informationsnetzwerk sollten wichtige Erfahrungen ausgetauscht werden.

Bei Kampfmaßnahmen muß es Solidaritätsaktionen geben. Durch Petitionen und oppositionelle Betriebsratskonferenzen muß die ÖGB-Führung unter Druck gesetzt werden. Im Kampf gegen das Belastungspaket sollen sich alle Unzufriedenen zusammenschließen und erste Aktionen für einen kämpferischen ÖGB setzen.

Bit Du schon ÖGB-Mitglied? Wenn ja, mach mit beim Gewerkschaftstamm (siehe Seite 7). Wenn nein, dann treten und aktiv werden!

Vielleicht Show um nichts

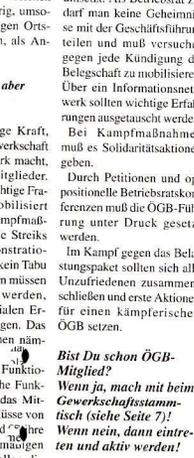
Die ÖGB-Demosstration im Frühjahr wurde Verzeitschiff als Werbemöglichkeit zur Verfügung gestellt. Obwohl dieser wenig später dem Sparpaket im Parlament zustimmte. Die drei oppositionellen Gewerkschaftsgruppen KIV, GE und UG streben eine Zusammenarbeit im ÖGB an, um überhaupt Zugang zu den ÖGB-Gremien (und zur ÖGB-Infrastruktur) zu bekommen. Der ÖGB bekommt ein Fraktionsstatut, das regelt sich, wo was eine Fraktion im ÖGB ist, daher wird sich die kritische Opposition im ÖGB zwangsläufig irgendwie zusammenschließen müssen.

Die F(Anti-)Gewerkschaftsorganisation AUF führt eine erfolgreiche Kampagne in der Exekutive für eine eigene Exekutiv-Gewerkschaft. Die AUF will die Abspaltung von der GÖD (mit ihrer ÖVP-Mehrheit), um mehr Einfluß zu bekommen. Im öffentlichen Dienst steht im Herbst '95 Personalvertretungsmaßnahmen ins Haus, und die AUF geht in der Exekutive erfolgreich auf Stimmenfang. Die AUF bietet für die blauen Rechtsradikalen die Möglichkeit, Öffentlichkeitswirksam Protest auszusprechen und zu kanalisieren. Die FSG-Spitze ist in die SPÖ-Führung vollständig eingebunden, jede Kritik im ÖGB wird unterdrückt. Die FSG-FunktionäreInnen und -BetriebsrätfInnen müssen gehorsam zu „ihrer“ Führung stehen. Daher wird sich jetzt aus der FSG, auch wenn es Kritik an der Führung gibt, kaum Widerstand öffentlich zeigen. In den ÖGB-Kongreß darf man keine Hoffnung auf Widerstand gegen die Regierungspolitik setzen - nur in den Betrieben, in den Einzelgewerkschaften und bei Wahlen wird sich der Widerstand formieren und auf die ÖGB-Führung Druck ausüben.

Abklärungserklärungen:

ÖGB Österreichischer Gewerkschaftsbund, Dachorganisation der 14 Einzelgewerkschaften Österreichs.  
ÖGJ Österreichische Gewerkschaftsjugend, ÖGB-Ingendienstorganisation, Dachorganisation der Jugendabteilungen der Einzelgewerkschaften.  
GÖD Gewerkschaft Österreichischer Dienst.  
FSG Fraktion Sozialdemokratischer Dienst.  
FSG Fraktion Sozialistischer Gewerkschaften.  
FCG Fraktion Christlich-Sozialer Gewerkschaften im ÖGB.  
ÖVP-Gewerkschaftsfraktion.  
GLB Gewerkschaftlicher Linksbund, KPÖ-nah Gewerkschaftsfraktion im ÖGB.  
GE Gewerkschaftliche Einheit, vor allem in der GPA vertreten.  
KIV Namenslistenverband Konsequente Interessenvertretung, parteifreie Liste in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten.  
UG Unabhängige GewerkschaftlerInnen, parteifreie Listen in der GÖD.

Struktur des ÖGB



Stand: 24.3.93

## ÖGB-Kongreß 1995

von Thomas Kerschbaum, Personalvertreter in der Gemeinde Wien (MA 15/47), KIV

Die ÖGB-Führung (FSG und FCG) haben ein Sozialabbau-Paket im Auftrag der Regierung geschnürt, und Verzeitschiff & Co. werden es auf jeden Fall verteidigen. Sie preisen die Sozialpartnerschaft mit den Bürgerlichen und Kapitalisten als eine unverzichtbare Stütze des Staates. In Wirklichkeit bedeutet diese Politik die totale Kapitulation und kann der AK - nichtsdestotrotz - als die Pflichtmitgliedschaft abgestimmt - den Todesstoß versetzen. Nach Meinungsfragen ist die ÖGB-Führung am Tiefpunkt ihrer Popularität. Auf dem ÖGB-Kongreß selbst haben nur die 14 Einzelgewerkschaften des ÖGB Antragsrecht. Es gibt zwanzig Delegierte der Minderheitsfraktionen, doch diese sind für die FSG-Führung nur Statisten bei einer großen Show. Es wird an den kritischen GewerkschafterInnen der KIV, des GLB und der GE (vielleicht auch an so manchem FSGler) zu kritisieren. Die AUF will die Abspaltung von der GÖD (mit ihrer ÖVP-Mehrheit), um mehr Einfluß zu bekommen. Im öffentlichen Dienst steht im Herbst '95 Personalvertretungsmaßnahmen ins Haus, und die AUF geht in der Exekutive erfolgreich auf Stimmenfang. Die AUF bietet für die blauen Rechtsradikalen die Möglichkeit, Öffentlichkeitswirksam Protest auszusprechen und zu kanalisieren. Die FSG-Spitze ist in die SPÖ-Führung vollständig eingebunden, jede Kritik im ÖGB wird unterdrückt. Die FSG-FunktionäreInnen und -BetriebsrätfInnen müssen gehorsam zu „ihrer“ Führung stehen. Daher wird sich jetzt aus der FSG, auch wenn es Kritik an der Führung gibt, kaum Widerstand öffentlich zeigen. In den ÖGB-Kongreß darf man keine Hoffnung auf Widerstand gegen die Regierungspolitik setzen - nur in den Betrieben, in den Einzelgewerkschaften und bei Wahlen wird sich der Widerstand formieren und auf die ÖGB-Führung Druck ausüben.

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
□ VORWÄRTS-ABO für:
□ 5 Nummern zu öS 50 (inkl. Porto)
□ 10 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
□ 5 Nummern zu öS 100 (inkl. Porto)
□ 5 Nummern zu öS 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen
□ zu Veranstaltungen eingeladen werden
□ VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
□ Ich interessiere mich für Ihre Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Starke Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
★ 13.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
★ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen!
★ 30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
★ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen.
★ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
★ Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichteten!
★ Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien!
★ Schluß mit der Zusammenarbeit mit den Unternehmern!
★ Nein zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen Forum!
★ Wahl der SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
★ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!
★ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
★ Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Ausschüsse zu verhindern!
★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Kampffonds

Der September war der Monat der Schülerproteste! Tausende haben gestreikt und sind gegen das Sparpaket auf die Straße gegangen. Und VORWÄRTS war immer dabei. Unsere Buttons "Sport Euch Euer Sparpaket" waren der große Renner. Auf der großen Schülerdemo am 22.9. haben wir über 50 Zeitungen verkauft - von wegen, die Jugend sei unpolitisch! Sehr gut war auch das Volkstimmfest, wo insgesamt über 100 Zeitungen unter die Leute gebracht wurden! Auf dem "Symposium gegen Ausländerfeindlichkeit in Wels haben die oberösterreichischen VORWÄRTSler über 40 Zeitungen verkauft! Außerdem haben unsere Oberösterreicher ihre erste "Oberösterreicher-Beilage" herausgebracht. Insgesamt konnten wir somit unser Ziel zu knapp 50% erreichen! Wie sieht's, lieber Leser, liebe Leserin, es geht VORWÄRTS! Damit es aber auch in Zukunft so gut geht, mach mit, wir verkaufen auch Du unsere Zeitung. Und vielleicht kamst auch Du uns entgegen. Was spenden, um unsere Arbeit zu unterstützen!

KampffondsAktuell
56,3%
3/00 2/01 2/08 2/06 20000

VORWÄRTS Jugend und Kultur

Um Namen des Volkes: Sauteure Bundesheerparade

90 Millionen waren nun doch etwas zu frech - Fasslabend brennt sich mit einer Bundesheer-"light"-Parade. Nach vorläufigen Schätzungen um günstige 40 Millionen. Der Flug der Draken über die Ringstraße ist schon um 8 Mio. ÖS zu haben. Voll kapital hat nach nach anfänglichen Protesten wieder einmal die SPÖ-Führung. Nicht viel besser sind auch die Grünen. Sie verlegen eine angekündigte Protestaktion aus Angst vor einer " Eskalation". Konfrontation paßt offensichtlich nicht gut in unsere Regierungsbeteiligungskonzepte.

Manfred Wiesner, JRE-Wien West

Fasslabends Militärparade ist ein Schlag ins Gesicht für all jene, die von den unsozialen Einsparungsmaßnahmen der Bundesregierung betroffen sind. Da werden alle möglichen - nicht betuchten - Budget als Sündenböcke für die "Budgetmiser" angeprangert - und zum ersten Mal seit Jahren findet wieder eine millionenschwere Militärparade statt.

Skandalfall Bundesheer

Das seit jeder skandalumwobene Bundesheer hat heuer schon vier der zwei neue Affären verursacht.

füttern. Umso verständlicher scheint daher Fasslabends Wunsch, das Image des Skandalheers im Zuge einer Parade um den Ring aufzupolieren.

Militarisierung der österreichischen Außenpolitik

Die Parade soll ein weiterer Schritt des österreichischen Staats Richtung Aufrüstung und Militarisierung sein. Immer öfter bereiten rechte Kreise den Eintritt in ein Militärbandnis (WEU, NATO) vor. Nicht zufällig in der SPÖ-Forschung Herbert Scheiber enttäuscht, daß das Militärpektakel am Ring ohne Panzer und in reduzierter Form stattfindet. Die Fritt tritt schon seit Jahren für einen NATO-Beitritt und den Einsatz österreichischer Soldaten im Zuge einer NATO-Militäraktion (Bosnien) ein. Auch Fasslabend und ÖVP-Klubchef Kohl überlegen schon öffentlich einen NATO-Beitritt Österreichs. Dazu bedürfte es freilich auch einer Aufrüstung und "Modernisierung" des Bundesheers - jene gemordeten Milliarden.

Nein zur Parade!

Das Protzgehabe soll auf den künftigen Ernstfall - Aufrüstung und NATO-Beitritt - vorbereiten. Die Realität des Bundesheers wird gleichzeitig geschönt und verschleiert. Warum wird nicht das wirkliche Heer präsentiert? Der Alltag der Soldaten, der nicht aus volksfestartigen Paraden, sondern sinnlosen Drill, Schikanen und Willkür der Vorgesetzten besteht? Die Ausschaltung von Demokratie und Meinungsfreiheit? Das Bürgerkriegstraining, bei dem Erschießungen geübt werden? Die Selbstmordversuche und den Alkoholismus? Die seelischen Krüppel, die der graue Kasernenalltag produziert? Das gab eine feine Aufmarsch!

Millionen Schilling in Reih und Glied

Der Dragoner in historischen Uniformen, die Militärbandenstafel und das Jagdkommando, begleitet von dynamischen Elementen in der Luft (Drachen, Heeresluftschrauber), um den Ring. Was bleibt, ist die Gewißheit, daß bei uns Jugendlichen an allen Ecken und Enden gekürzt und gespart wird, während sich die Militärs über eine 40 Mio. ÖS-schwere Parade freuen und der Herr Verteidigungsminister 1999 über 50 1000 Millionen mehr zur Verfügung hat. 57% der Österreicher lehnen übrigens sogar laut der reaktionären "Presse" das Spektakel ab.

Termine

Die JRE-Wien Süd diskutiert über die Frage "Gibt es Lösung für Bosnien?"
Uns reichst!"; die SozialistInnen in der SPÖ die sich diskutieren darüber "Wie organisieren wir Opposition in der SPÖ?"
Im Rahmen ihres Frauen-Schwerpunktes diskutiert Wien Nord "Gewalt gegen Frauen".
Die Situation in "Kurdistan" interessiert die JRE-Ost.
"Jugendbewegungen 1987 und 1995" vergleicht die Wien West.
"Regiert Geld die Welt?" fragt sich Jugend gegen Nismus, Wr. Neustadt.

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern auch mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Gruppen, wo auch VORWÄRTS-Red' aktiv sind. oder ruf uns an: 0222/597 0 432

Wien

"Uns reichst" - SozialistInnen in der SPÖ wehnen sich jeden Montag 19 Uhr 3, Zentrum Erdberg Lechnerstr.2-4

JRE Wien Süd: jeden Freitag 19 Uhr 5, "Rotpunkt" Reiprechtstr.1/1

JRE Wien West: jeden Freitag 19 Uhr 7, Siebensternpl.3

JRE Wien Nord: jeden Donnerstag 18 Uhr 45 20, Allerheiligenplatz 17 Ecke Donauinselgasse, 1 Vorgartenstraße

JRE Wien Ost: jeden Donnerstag 19 Uhr 17 "ARENA" 3, Baumg.80

GewerkschaftsStammstich jeden 2. und 4. Mittwoch 18 Uhr 3, Zentrum Erdberg Lechnerstr.2-4

Bundesländer

SJ Wels: jeden Freitag 18 Uhr Ecke Loysr./Eisenhofsstr. 1, Wels

Jugend gegen Faschismus/ Wiener Neustadt: jeden Dienstag 18 Uhr Wr. Neustädter Nachrichten Kollnitschg. 12, 1. Stock

Infos zu Linz und Salzburg: 0222/59 70 432

Internationales

Solidarität hilft!

Die Solidaritätsaktion, die international und auch in Österreich, für drei kenianische Sozialisten, die in Schweden vor der Abschiebung bedroht sind, durchgeführt wurden, zeigt Erfolg.
Die massiven Proteste in Form von Briefen und Kundgebungen vor Schwedischen Botschaften haben zu einem Präzedenzfall geführt. Alle drei Fälle werden neu aufgerollt und unter Berücksichtigung der Situation in Kenia gemeinsam behandelt! Im Falle ihrer Abschiebung wären alle drei von Verfolgung und Ermordung bedroht!

Schweden gegen die EU

Die Wahlen zum Europäischen Parlament zeigten eines klar - die Schweden haben kein Vertrauen in die EU. Die Wahlbeteiligung war mit 41% extrem niedrig. Die Sozialdemokraten, die unter dem Vorwand EU ein radikales Sparprogramm durchzuführen, verloren im Vergleich zur letzten Wahl 1,8 Millionen Stimmen und erreichten 28,1%. Die Parteien, die gegen die EU eintreten, konnten gewinnen. Der Arbeiterverband Offensiv, also VORWÄRTS in Schweden, hatte gemeinsam mit anderen Linken und Gewerkschaften mit der „Gerechtigkeitsliste“ kandidiert. 14.644 Stimmen, das sind 0,6% aller abgegebenen Stimmen, konnten erreicht werden. Am Besten schnitt die Liste in Helsingborg, einer der wichtigsten Arbeiterstädte in Südschweden, mit 5,3% ab. Natürlich hätte das Ergebnis besser sein können. Aber wichtig ist vor allem die Arbeit, die im Wahlkampf gemacht wurde, wo tausende Menschen in Kontakt mit den Sozialisten von Offensiv gekommen sind und ihre Ideen kennengelernt haben.

Streikerfolg in Irland

"Dunnes Stores" ist die größte Supermarktkette in Irland. Die Besitzer sind die reichste Familie im Land - mit einem geschätzten Vermögen von 650 Millionen Irischen Pfund. Weil ihnen das aber noch nicht reicht, haben sie Teilzeitarbeit zu miesesten Bedingungen eingeführt und wollten nun Sonntagsarbeiten einführen - natürlich ohne entsprechende Zuschläge - und die Gewerkschaft rauszahlen. Aber nun ist der Belegschaft der Kraken geplatzt. Nach einem erfolgreichen Streik wurden die Maßnahmen verhindert. Die Gewerkschaftsführung aber hat den Streik auf halbem Weg beendet, obwohl mehr möglich gewesen wäre.

BRD gegen Menschenrechte

Während die Berliner Mauer von den Massen niedergewirren wurde, verfolgt der Deutsche Staat weiter Linke. Mit dem "Radikalerklärung" werden Berufsverbote für Kommunisten im Öffentlichen Dienst verhängt. Im Falle einer wegen KP-Mitgliedschaft entlassenen Lehrerin beschneigte jetzt sogar der Europäische Gerichtshof, daß die BRD gegen die Menschenrechte verstößt.

Jacques Chiracs Bombenterror

Trotz weltweiter und massiver Proteste hat Frankreichs Präsident Chirac mit seiner Atomtestserie begonnen. Die erste gezündete Bombe war 50mal so stark wie die Bomben, die über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden.



Bombenunterhaltung

Dieser Artikel basiert auf einer Zitationnahme des „Komitees für eine Arbeiterinternationale“ (CWI) in der englischen Zeitung „Militant“.

Bevor auf dem Mururoa- und dem Fangatafaooll 1965 mit den Atomtests begonnen wurde, waren diese ertragreiche Fischfangzonen. Heute ist das freilich anders: Fischen und Schwimmen sind verboten.

Seit den ersten Tests besaß die französische Regierung, daß diese sicher sind und natürlich keine gesundheitliche Gefährdung für die Bevölkerung, die in der Nähe wohnt, darstellen.

Aber Wissenschaftler haben die verheerenden Folgen der Atomtests im Pazifik erläutert. Es kommt nicht nur zur Freisetzung von radioaktivem Material im Meer, sondern es können ganze Inseln verschwinden, weil sich möglicherweise Risse in der Erdoberfläche bilden. Nichtsdestotrotz meinen die offiziellen französischen Stellen, daß das radioaktive Material zumindest die nächsten hundert Jahre in geschlossenen Behältern eingeschlossen bleibt.

Die langfristigen Effekte und Folgen der Tests sind unbekannt. Die internationale Protestbewegung hat die Chirac-Regierung kalt. Diese Machtdemonstration und imperialistische Politik findet in einem der letzten Teile, die dem französischen Imperium geblieben sind, statt. Die Bevölkerung von Französisch-Polynesien hat ihren wachsenden Widerstand gegen die Kolonialherrschaft gezeigt.

Ihr Kampf um Unabhängigkeit, durch die Testserie noch verstärkt, muß von Sozialisten unterstützt werden. Der Unmut führte zu Unruhen auf Tahiti und Stelli und stellt die französische Kolonialherrschaft im Südpazifik in Frage. Tahiti hat in der Region die größte Ausbreitung von Flied und Arbeitslosigkeit. 20% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Die Unabhängigkeitsbewegung wird vor allem von Jugendlichen getragen, was, da über 50% der Bevölkerung unter 20 Jahre alt ist, ihren Massencharakter erklärt. Bei den Protesten dürfen wir uns nicht auf die Regierungen verlassen. Diese protestieren nur wegen der eigenen Massenopposition im Land. Die australische Regierung verkauft beispielsweise trotz aller offiziellen

Proteste noch immer Uran an Japan und Frankreich. Das Beispiel des Massenprotestes gegen die Versenkung der Ölplattform von Shell hat gezeigt, wie man die Herrschenden herausfordern kann. Solange die Tests nicht beendet sind, sollen die Gewerkschaften den Boykott von Transport, Verkauf oder Kauf französischer Waren organisieren.

SAV: Sozialisten in Bremerhaven

Am 24.9.95 fanden in norddeutschen Bremerhaven die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung (SVV) statt. Bei dieser Wahl kandidierte zum ersten Mal die Sozialistische Alternative Vora (SAV), das deutsche VORWÄRTS. Sie erreichte auf Anhieb 2,3%.

Die Wählergebnisse in Bremerhaven ist vor allem durch 2 Hauptpunkte geprägt: Erstens, durch das absolute Versagen und die entscheidende Niederlage der SPD und zweitens, durch die Entscheidung eine Absage an das Establishment. Das wurde durch die niedrige Wahlbeteiligung von nur 49,9 % (1) sehr deutlich.

Situation vorort

Table with 2 columns: Party and Percentage. SPD 29.7, CDU 26.9, Grüne 11.6, DVU 7.7, AfD 5.7, FDP 3.9, SAV 2.3, Graue Panther 1.5, NPD 0.3, BWLA 0.3.

Der Unmut in der Bevölkerung - vor allem - gegen die SPD ist enorm, was aber auch kein Wunder ist. Schon 1987 lag die Arbeitslosenrate bei 18 % und seitdem hat sich überhaupt nichts verändert. 17.000 (13 %) sind auf Sozialhilfe angewiesen. Für die Jugend gibt es kaum Zukunftsaussichten. Im Herbst fehlen 400 Ausbildungsplätze. Gleichzeitig werden Lehrstellen abgebaut und Freizeiteinrichtungen geschlossen. Stätig (Städtische Wohnungsgesellschaft) und Gewerkschaft (Gesellschaft für Wohnen und Bau) - bisher in öffentlichem Eigentum - sollen teilweise oder ganz in private Hände gegeben werden, was enorm



tionellen SPD-Hochburg nur mehr 14.000 die SPD gewählt! Die rechte SPD-Abspaltung Arbeit für Bremen/Bremerhaven hat zwar 7,7 % erreicht - genauso wie die Grünen aber auch im Vergleich zur letzten Wahl in absoluten Zahlen verloren. Die faschistische DVU hat den Einzug in die SVV leider geschafft. Sie hat aufgrund ihrer achtjährigen Präsenz, unterstützt durch staatlichen Rassismus, den Frust für sich nutzen können. Doch auch sie gewann nur in Prozenten und nicht in Stimmen (aufgrund der niedrigeren Wahlbeteiligung) und hat im Vergleich zu 1991 die Hälfte ihrer Wähler verloren. Wahl in absoluten Zahlen verloren. Die faschistische DVU hat den Einzug in die SVV leider geschafft. Sie hat aufgrund ihrer achtjährigen Präsenz, unterstützt durch staatlichen Rassismus, den Frust für sich nutzen können. Doch auch sie gewann nur in Prozenten und nicht in Stimmen (aufgrund der niedrigeren Wahlbeteiligung) und hat im Vergleich zu 1991 die Hälfte ihrer Wähler verloren. Der SAV-Wahlkampf wurde von vielen Jugendlichen, Arbeitelosen, Mietern unterstützt und mit Enthusiasmus aufgegriffen. Menschen aus allen Altersschichten entschlossen sich, gegen die Kürzungen und für ihre Zukunft bei der SAV aktiv zu werden. Die Unterstützung der SAV ist größer, als das das Wahlergebnis ausdrücken vermag. Das ist auf mehrere Punkte zurückzuführen: Es gab einen Presseboykott des Monopolblattes „Nordsee-Zeitung“. Das Hauptproblem wahrscheinlich war aber, daß sehr viele wie von der offiziellen Politik angewidert und frustriert waren, daß sie überhaupt nicht zur Wahl gingen, anstatt gegen das Esta-

Sozialistische Alternative Vora

Die SAV hat ihren Wahlkampf gegen die Sparmaßnahmen der Stadtkealition (SPD-CDU) geführt. Sie for-

# Schüler wehren sich gegen Bildungskürzungen: Streik gegen Sparpaket!

„Nieder, nieder, nieder mit dem Sparpaket!“ forderten laut ORF am 22.9.95 über 8.000 Jugendliche in der Wiener Innenstadt. Die SchülerInnenAktionsPlattform von JRE (SAP) hatte zum Schulstreik mit anschließender Großdemonstration gegen das Sparpaket aufgerufen. 20 Wiener Schulen streikten.

von Markus Zahradnik,  
SAP-Sprecher

Der Beschluß zum Streik wurde auf einem SAP-Treffen eine Woche zuvor gefällt. Vertreter aus 22 Schulen einigten sich darauf, für die Forderungen der SAP die Schüler zu mobilisieren. Eine intensive Kampagne, an der sich hunderte Jugendliche beteiligten, begann: Tausende Flugblätter und Plakate wurden „unters Volk“ gebracht; Aufmarschpläne ausgearbeitet, Transparente gemalt und politische Überzeugungsarbeit geleistet. Daß wir die Stimmung richtig eingeschätzt hatten, zeigte sich dadurch, daß bereits am 18.9. mehrere Schulen streikten. Einige Zeitungen hatten mit einem falschen Termin über die SAP-Aktion berichtet.

Der Streik am 22.9. übertraf trotz unserer genauen Vorbereitung alle Erwartungen. Schulen, in denen die SAP eine breite Basis hat, wie z.B. die Hegelgasse, zogen vor andere Schulen, um die streikbereiten Schüler dort zu unterstützen. Ab 10 Uhr Vormittags trafen ständig Demonstrationsszüge aus streikenden Schulen am Stephansplatz ein. Obwohl teilweise massive Repressionen von Direktoren angedroht wurden, streikten 20 Schulen und es kamen noch mehr geschlossen zur Kundgebung.

#### Die Rolle der LSV

In der Landesschülervertretung Wien (LSV) hat die SPÖ-nahe Schülerorganisation (AKs) und die Schülergruppe der GPA (SG) die Mehrheit. Auch SAP-Schülervertreter haben der AKs ihre Stimme gegeben. In der Hoffnung, daß eine linke

Mehrheit in der LSV ein aktiver Bündnispartner bei Schülerbewegungen sein würde. Doch wurden eines besseren belehrt. Nachdem AKs und SG verabsäumt hatten, seit dem 24.März (als die große Schülerdemo war) die Initiative zu ergreifen, gründeten sie plötzlich - nachdem unser Streik und Demonstrationen - Aufruf schon veröffentlicht war - eine Plattform. Teilnehmer: LSV, AKs, SG und die ÖVP-nahe Schülerunion (SU). Obwohl der SU-Bundesschulsprecher fordert „Sinnvoll sparen statt protestieren“. Offiziell nicht eingeladen: Die SAP!

Von einem weiteren Treffen erfuhren wir, gingen hin und hörten, daß der Landesschulsprecher einfach die Demonstration - ohne Absprache - bei der Polizei angemeldet hatte. In trauter Eintracht wollten AKs, SG und SU jetzt die SAP von jeglichem Einfluß auf die Kundgebung ausschließen. Und das alles, nachdem wir sie noch am Vortag einluden, sich gleichberechtigt mit der SAP an der Aktion zu beteiligen. Politisch interessant ist, daß die große „Anti“-SAP-Koalition nicht für die Streiks war und die AKs gemeinsam mit der SU sogar forderten, doch bei den Lehrern zu sparen (statt bei den Reichen). Wir von der SAP weigern uns die Lehrer als Sündenböcke hinzustellen. Das große Geld steckt ganz woanders.

Und während die SAP am Vormittag des 22.9.1995 die Schulstreiks organisierte, verhandelte die offizielle Schülervertretung mit Ministerin Gehr. Vor der Presse wurde ihr dann noch bescheinigt „konstruktiv“ gewesen zu sein. Trotz mehrmaliger Versuche gelang es allerdings nicht, die SAP aus der Demonstration raus-



Die SAP rief zur Streikkundgebung: 8000 kamen!

zuhalten - die anwesenden Schüler ließen sich das nicht gefallen.

#### Wie geht es weiter?

Die Demo war ein großer Erfolg. Aber damit ist es nicht genug. Es liegt an uns, die Forderungen, die wir gestellt haben, durchzusetzen. Wir müssen eine aktive Schülervertretung aufbauen. SAP-AktivistInnen treten an mehreren Schulen zur Schulsprecherwahl an. In vielen Schulen haben sich Streikkomitees gebildet, die den Widerstand koordinieren.

Das BRG Hegelgasse 12 ist das beste Beispiel. Die SchülerInnen konnten durch einen eintägigen Streik Klassenzusammenlegungen verhindern. Dieses Beispiel muß Schule machen. Denn sonst drohen weitere Sparmaßnahmen. Die SchülerInnen-AktionsPlattform stellt folgendes Ultimatum an die Bundesregierung,

besonders an Unterrichtsministerin Gehr: Sämtliche Kürzungen im Bildungswesen (Selbstbehalte, größere Klassen, weniger Freifächer,...) müssen bis spätestens 17.10., dem Aktionstag der Österreichischen Hochschülerschaft, zurückgenommen werden.

Die SAP betrachtet es als ihre Auf-

gabe, auch im Schülerbereich massiv dafür zu mobilisieren. Die AKS hat in Worten Streiks angedroht. Gut so! Aber jetzt müssen Taten folgen! Die SAP fordert AKS und SG auf, sich auf einer gleichberechtigten Grundlage mit uns zusammen zu tun, um am 17.10. Aktionen zu setzen. Denn gemeinsam sind wir stärker!

## Sparefroh schlägt wieder zu

von Conny

Das Sparpaket ist Realität. In meiner Schule heißt das konkret: 40 oder mehr SchülerInnen in einer Klasse; eine Maturaklasse sogar mit 34; gestreifte und überlastete Lehrer; Mathematik in der 10. Stunde mit Professoren, die nonstop den ganzen Tag unterrichtet haben; im Winter 17 Grad in der Klasse; Freifächer, wie Sprachen, Sport und Technik sind gekürzt oder gar gestrichen worden. Und natürlich noch der Selbstbehalt für Schulbücher (bei mir öS 1000,-) und Freifahrt und zusätzliche Kosten für Schulbücher, die die Schule nicht mehr bezahlen konnte (für Religionsbücher und Bibeln ist natürlich immer Geld da). Der Hammer: Eine Klasse wird in ehemaligen WC-Räumen unterrichtet!

**Du willst aktiv werden: Ruf uns an 0222/597 0 432**